

Herbstgutachten 2012

Description

Die „Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2012“, veröffentlicht u.a. durch das ifo Institut, sieht die deutsche Wirtschaft durch die Eurokrise belastet. Daher werde die konjunkturelle Expansion vorerst schwach bleiben und erst im Verlauf des kommenden Jahres wieder leicht anziehen.

Die Institute prognostizieren eine Zunahme des deutschen realen BIP um 0,8 % für 2012 und um 1,0 % für 2013. Die Lage am Arbeitsmarkt wird sich dabei vorerst noch verschlechtern, die Zahl der Arbeitslosen wird 2013 geringfügig auf 2,9 Millionen steigen. Das Budget des Staates wird sowohl in diesem als auch im kommenden Jahr annähernd ausgeglichen sein. Kritisch sehen die Institute das Programm der EZB, Staatsanleihen von Krisenländern zu kaufen. Damit steigt die Inflationsgefahr, heißt es.

Im Herbst 2012 befindet sich die Weltwirtschaft in einer Schwächephase. Die Konjunktur hat nahezu überall an Fahrt verloren, und die Stimmung von Unternehmen und Haushalten hat sich weiter verschlechtert. Ein wichtiger Belastungsfaktor ist schon seit dem vergangenen Jahr die Schulden- und Vertrauenskrise im Euroraum. Hinzu kommt, dass Anpassungsprozesse, die seit dem Platzen der Immobilienblase in den USA im Jahr 2007 auch in anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften stattfinden, noch nicht abgeschlossen sind.

Die Folgen struktureller Fehlentwicklungen vor der Krise dämpfen nach wie vor die Konjunktur, und je länger eine durchgreifende Erholung auf sich warten lässt, desto mehr wird Unternehmen und privaten Haushalten, aber auch den Regierungen bewusst, dass die langfristigen Wachstums- und Einkommensaussichten schlechter sind als bisher gedacht.

Auch wenn sich die Stimmung an den Finanzmärkten in der Folge der Ankündigungen der großen Notenbanken von neuen Wertpapierkäufen im Spätsommer verbesserte, bleibt es fraglich, ob es der Geldpolitik dadurch gelingt, die Konjunktur zu beleben, heißt es weiter. Ob die EZB die Finanzierungsbedingungen für öffentliche und private Schuldner in den Krisenländern nachhaltig verbessern kann, wird wohl wesentlich davon abhängen, ob die Wirtschaftspolitik es schafft, dass Finanzinvestoren, Unternehmen und Haushalte Vertrauen in die Reform- und Konsolidierungsanstrengungen im Euroraum fassen. In diesem Fall wird die Finanzpolitik zwar – wie fast überall sonst in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften auch – stark dämpfend wirken. Doch besteht dann die Aussicht, dass die Unsicherheit, die die wirtschaftliche Aktivität in den Krisenländern derzeit lähmt, zurückgeht.

Unter dieser Voraussetzung dürfte sich die Konjunktur im Euroraum allmählich stabilisieren. Nach einem Rückgang um 0,5 % in diesem Jahr wird das BIP im kommenden Jahr aber kaum mehr als stagnieren (plus 0,1%). In den USA wird die Nachfrage im kommenden Jahr durch eine stark restriktive Finanzpolitik gedämpft. Die gesamtwirtschaftliche Produktion in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften insgesamt dürfte so in beiden Jahren mit einer Rate von 1,2 % nur sehr schwach zunehmen.

In den Schwellenländern wird sich die wirtschaftliche Expansion im nächsten Jahr voraussichtlich leicht beschleunigen. Insbesondere für China ist davon auszugehen, dass die Regierung den zuletzt eingeschlagenen Kurs fortsetzt und den Expansionsgrad ihrer Politik so lange ausweitet, bis die Konjunktur deutlich anzieht.

Alles in allem wird die Weltwirtschaft bis Ende 2013 verhältnismäßig langsam expandieren; die



Weltproduktion dürfte in diesem Jahr um 2,3% und im nächsten Jahr um 2,5% zulegen. Der Welthandel belebt sich dabei nur wenig. Nach einem Zuwachs von lediglich 2,1% in diesem Jahr wird er auch im nächsten Jahr mit einer Rate von 3,8% in einem im längerfristigen Vergleich mäßigen Tempo steigen.

Die Eurokrise belastet auch die Konjunktur in Deutschland. Im zurückliegenden Frühjahr lösten neue Probleme in Krisenländern Turbulenzen an den Finanzmärkten aus, und die Unsicherheit über die Zukunft des Euroraums nahm wieder zu. Neben der sich eintrübenden Weltkonjunktur drückte dies die Zuversicht der Unternehmen in Deutschland; so haben sich die Geschäftserwartungen seit April 2012 von Monat zu Monat verschlechtert und befanden sich zuletzt auf dem niedrigsten Stand seit der Rezession 2008/2009. Die ungünstigen Aussichten schlugen sich insbesondere in den Unternehmensinvestitionen nieder.

Hingegen konnten sich die deutschen Ausfuhren angesichts des sich verschlechternden weltwirtschaftlichen Umfelds bisher recht gut behaupten. Offenbar profitierten die deutschen Exporteure davon, dass sich aufgrund der Abwertung des Euro ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit bis zuletzt deutlich verbessert hat. Jüngst war sie so günstig wie noch nie seit der Gründung der Europäischen Währungsunion.

Derzeit weist vieles darauf hin, dass sich die gesamtwirtschaftliche Expansion gegen Jahresende abschwächt. So waren die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe bis zuletzt in der Tendenz rückläufig, und die ungünstigen Erwartungen der Unternehmen sprechen für weiterhin sinkende Ausrüstungs- und gewerbliche Bauinvestitionen. Dagegen sind Investitionen in Wohneigentum nach wie vor attraktiv. Alles in allem erwarten die Institute für 2012 eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts um 0,8%.

Im Verlauf des kommenden Jahres dürfte sich die deutsche Konjunktur beleben, da sich die Lage im Euroraum allmählich entspannen und die übrige Weltwirtschaft stärker Fahrt aufnehmen dürfte. In einem so verbesserten Umfeld dürften die günstigen Finanzierungsbedingungen stärker zum Tragen kommen. In der zweiten Hälfte des kommenden Jahres wird der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts voraussichtlich wieder über der Wachstumsrate des Produktionspotenzials liegen, welche die Institute auf etwas mehr als 1% veranschlagen. Für den Jahresdurchschnitt erwarten die Institute gleichwohl nur einen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts um 1,0 %.

Nach einer Mitteilung des ifo Instituts.

Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute halbieren mit ihrem Herbstgutachten ihre Wachstumsprognose für das kommende Jahr. Erwartet wird ein Zuwachs von einem Prozent, im Frühjahr war man von plus zwei Prozent ausgegangen. Für dieses Jahr sinkt ihre Prognose nur leicht von 0,9 auf 0,8% im Vergleich zur Frühjahrsprognose. Die führenden Wirtschaftsinstitute warnen vor weiteren Zinssenkungen, das könnte in Deutschland einen Immobilienblase begünstigen.

Die Wirtschaftsinstitute reihen sich mit ihrem Herbstgutachten ein in die [revidierten Prognosen von IWF](#) und Weltbank.

Zu Griechenland ist im Herbstgutachten zu lesen: "Wir vermuten, dass Griechenland nicht zu retten ist."